

Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung gefordert

Becker erwartet Berliner Unterstützung für Thüringer Vorstoß

Auf uneingeschränkte Zustimmung des dbb berlin stößt die Forderung der Thüringer Finanzministerin, Heike Taubert, nach Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung. dbb Landeschef Becker: „Diese Stimme der Vernunft war längst überfällig. Schon viel zu lange driftet die Besoldung in Bund und Ländern auseinander und hat bereits zu ernststen Verwerfungen im staatlichen Leistungsangebot geführt.“

Taubert hatte sich am Rande einer Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates am 5. September 2019 in Berlin besonders besorgt über die schlechten Chancen finanzschwacher Länder und Kommunen im zunehmend problematischen Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte gezeigt: „Daher habe ich mich zusammen mit Brandenburg ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass die Besoldung – wie es bis 2006 der Fall war – bundeseinheitlich geregelt wird.“

Unter diesem ungleichen Wettbewerb hat der Berliner öffentliche Dienst besonders stark zu leiden, denn die bundesweit am schlechtesten bezahlten Berliner Beamtinnen und Beamten wandern in Scharen in die sehr viel besser zahlenden ortsansässigen Bundesbehörden, aber auch ins nahe Brandenburg ab. Seit Jahren warnt der dbb berlin deshalb vor einem Ausbluten des Landesdienstes, das in weiten Bereichen längst stattfindet und nur noch durch besonders großes Engagement und zahllose Überstunden der verbliebenen Kräfte notdürftig aufgefangen werden kann.

„Ohne Wettbewerbschancen auf dem Nachwuchsmarkt und angesichts steigender altersbedingter Abgänge wird die Situation zwangsläufig eskalieren,“ prognostiziert Becker. „Finanzminister Matthias Kollatz (SPD) ist deshalb gut beraten, für fairen Wettbewerb zu sorgen und den Vorstoß seiner Thüringer Kollegin und Parteifreundin bedingungslos zu unterstützen.“

Berlin, 10. September 2019